


Jutta Lauth Bacas

Nägel mit Köpfen?

EU-Politik auf Lesbos nach dem Brand von Moria



Thema dieses Beitrags ist eine Analyse der engagierten Rolle der EU auf der Insel Lesbos nach dem schweren Brand im Flüchtlingslager Moria im September 2020. Mit Quellen aus Griechenland und Berichten direkt aus Lesbos soll rekonstruiert werden, mit welchen Mitteln und Strategien die Europäische Kommission politische Lösungen für das Problem der Flüchtlingsaufnahme an der EU-Außengrenze zur Türkei zu gestalten und lokal zu beeinflussen sucht. Im Mittelpunkt dieser Analyse steht dabei das EU-Griechenland-Abkommen (*Memorandum of Understanding*) vom 2. Dezember 2020 zur Errichtung eines neuen Aufnahmezentrums für Asylbewerber*innen auf der Insel Lesbos.

Der Fokus liegt somit auf den Plänen der Europäischen Kommission und der griechischen Regierung für den Bau eines neuen Flüchtlingszentrums auf Lesbos sowie der Rolle von Lokalpolitiker*innen und Lokalbevölkerung bei dieser Planung. Damit rücken Konflikte und Differenzen auf der lokalen Ebene in den Mittelpunkt, die in der öffentlichen Diskussion um Probleme der Flüchtlingsaufnahme in Griechenland bisher weniger beachtet worden sind. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive sind die Menschen auf Lesbos auf eine eigene Weise „betroffen“ von der aktuellen EU-Flüchtlingspolitik – wenn auch anders als Bootsflüchtlinge, die nass, frierend und schutzsuchend auf den Stränden der Insel anlanden.

1. Nach dem Brand von Moria

Im Frühjahr 2020 galten während der ersten Welle der Covid-19-Pandemie in Griechenland strenge Ausgangsbeschränkungen. Nachdem sich im Sommer 2020 die Infektionslage verbessert hatte, wurden Geschäfte, Lokale und Hotels wieder geöffnet; die Menschen konnten sich frei bewegen. Allerdings galt für Asylbewerber*innen auf den griechischen Grenzinseln ein anderes Recht: In den Flüchtlingslagern auf Lesbos, Chios, Samos, Leros und Kos wurden die Ausgangsbeschränkungen nicht gelockert, sondern Woche für Woche verlängert. Nur ein Familienmitglied durfte einmal die Woche das Lager für zwei Stunden verlassen. Unter den rund 15.000 Geflüchteten im Lager Moria auf Lesbos machten sich eine Mischung aus Stress, Angst vor einem Covid-Ausbruch im Lager und tiefe Verzweiflung breit. Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen forderten angesichts der humanitären Krise eine schnelle Evakuierung des Lagers auf Lesbos, Selbstorganisationen von Geflüchteten schickten über soziale Medien verzweifelte Hilferufe an die europäische Öffentlichkeit – und nichts passierte.¹ Bis in der Nacht vom 8. September 2020 erst einige Zelte in Flammen aufgingen, dann heftige Winde die Funken von Zelt zu Zelt weiterdrückten, bis schließlich das ganze Flüchtlingscamp in Flammen stand. Ein kleiner Teil des Zeltlagers in den Olivenhainen, das in der ersten Brandnacht unbeschadet geblieben war, wurde in der Nacht des 9. September durch erneute Brandstiftung zerstört, so dass insgesamt mehr als 10.000 Menschen, Familien, Kinder ihr Hab und Gut verloren und obdachlos wurden.

„Nie wieder Moria“, so die Parole, mit der EU-Kommissarin Ylva Johansson, in der EU-Kommission zuständig für Migration und Inneres, vor die Öffentlichkeit trat, als sie nach dem Brand von Moria das provi-

1 Jutta Lauth Bacas, Griechenland und der Hotspot Lesbos im Corona-März 2020, in: Südosteuropa-Mitteilungen 01–02 (2020), 51–66.

visorische Lager Kará Tepé in Augenschein nahm.² Hastig waren nach dem Brand auf dem Gelände eines ehemaligen Schießübungsplatzes etwa 700 Wohnzelte aufgeschlagen worden, in denen ab Mitte September rund 10.000 Menschen untergebracht wurden.

Nachdem in den ersten Wochen und Monaten nach dem Brand von Moria mehrere Hundert Asylantragsteller*innen das provisorische Lager Kará Tepé verlassen und aufs Festland weiterreisen konnten, lebten Ende Januar 2021 immer noch rund 7.200 Personen im Übergangslager nahe Mytilini. Die deutliche Mehrheit von ihnen stammt aus Afghanistan (71 %), weitere wichtige Herkunftsländer sind die Republik Kongo (9 %) sowie Syrien (7 %). Von den Bewohner*innen sind 40 % Männer; Frauen stellen 23 % und Kinder unter 18 Jahren immerhin 37 % der Menschen von Kará Tepé. Bei den Minderjährigen sind sieben von zehn jünger als zwölf Jahre.³ Sie alle sahen sich im Winter der nasskalten Witterung sowie erheblichen Mängeln in der Betreuung und Essensversorgung ausgesetzt. Die unbeheizten Stoffzelte schützten die Bewohner*innen nicht vor Gesundheitsproblemen und Winterstürmen, nach heftigen Regenfällen stand das halbe Lager unter Wasser, zudem fehlte es an Heizmöglichkeiten, sauberem Wasser, ausreichend Duschen und Toiletten.⁴

Kritiker*innen betonten immer wieder, dass das hastig erbaute Zeltlager weder angemessene Lebensbedingungen für Familien mit kleinen Kindern noch die erforderlichen Einrichtungen für besonders vulnerable Menschen biete. Dem hielt die griechische Regierung entgegen, dass es sich bei dem Flüchtlingslager Kará Tepé nur um eine vorübergehende Lösung handele. Tatsächlich aber hatte das Migrationsministerium schon am 12. September 2020, also drei Tage nach dem Brand von Moria, als

2 Die Welt am 30.03.2021, online: https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/info-line_nt/brennpunkte_nt/article229441077/Fluechtlingslager-Moria-EU-Kommission-plant-neue-Lager-in-Griechenland.html (Abruf 19.05.2021).

3 STONISI.GR am 02.02.2021, online: <https://www.stonisi.gr/post/14706/sxedon-40-paidia-ston-synoliko-arithmo-aitoyntwn-asylo> (Abruf 19.05.2021).

4 STONISI.GR am 28.01.2021, online: <https://www.stonisi.gr/post/14606/h-veltiv-menh-katastash-sth-lesvo-kata-mpeate-gkminter-pics-video> (Abruf 19.05.2021).

noch Tausende von Geflüchteten ohne Schutz auf offener Straße kampierten, einen Mietvertrag für die Nutzung des privaten Grundstücks neben dem Schießübungsplatz für die Jahre 2020 bis 2024 unterzeichnet. Vertraglich wurde vereinbart, dass der griechische Staat in diesen fünf Jahren insgesamt 2,5 Millionen Euro an die Eigentümer des Grundstücks als Miete zahlen werde. Auszüge dieses Mietvertrags wurden von der Lokalzeitung STONISI ins Internet gestellt⁵ und von amtlichen Stellen nicht dementiert. Selbst wenn das Camp Kará Tepé in Verlautbarungen des Migrationsministeriums immer wieder als Provisorium bezeichnet wird, besteht im Hintergrund ein Mietvertrag als Grundlage für einen dauerhaften Betrieb über das Jahr 2021 hinaus.

Nach der Katastrophe von Moria wurde auch die Europäische Kommission aktiv. Im November 2020 bildete die EU-Generaldirektion für Migration und Inneres eine Taskforce für Migrationsmanagement und ernannte Beate Gminder zur neuen Leiterin.⁶ Mit der Gründung dieser Taskforce sollen EU-Beamte*innen und griechische Behörden regelmäßig zusammenkommen und die Errichtung eines neuen Lagers gemeinsam koordinieren. Seitdem ist Frau Gminder, offiziell stellvertretende Generaldirektorin der Generaldirektion Migration und Inneres, regelmäßig im Gespräch mit dem griechischen Migrationsminister Nótis Mitarákis. Persönlich reiste sie auch immer wieder nach Lesbos, um mit lokalen Behörden und dem politisch wichtigen Bürgermeister der Gemeinde Mytilini über weitere Schritte beim geplanten Bau eines neuen „Reception Centre“ auf Lesbos zu verhandeln.

5 STONISI.GR am 15.09.2020, online: <https://stonisi.gr/post/11449/29-ekatommyria-gia-noikia-ston-kara-tepe-mexri-to-2025-sfhn-kata-ta-alla-proswrin-domh> (Abruf 19.05.2021).

6 Pressemeldung v. 11.11.2020; Kommission ernannt Beate Gminder zur stellvertretenden Generaldirektorin für Migration und Inneres, online: https://ec.europa.eu/germany/news/20201111-beate-gminder_de (Abruf 19.05.2021).

2. Ein *Memorandum of Understanding* mit der Europäischen Kommission

Die eng getakteten Gespräche zwischen der Taskforce, dem griechischen Migrationsministerium und der lokalen Verwaltung auf Lesbos führten bald zu einem konkreten Ergebnis: Am 2. Dezember 2020, knapp zwei Monate nach dem Brand von Moria, vereinbarte die EU-Kommission mit der griechischen Regierung ein „Memorandum of Understanding“ für den Bau eines neuen „Multi-Purpose Reception and Identification Centre“. ⁷ Als Beispiel für „solidarity in action“ wird die EU das vereinbarte Pilotprojekt einer neuen EU-Migrationspolitik voll finanzieren. Mit folgenden Worten informierte die Pressestelle der EU-Kommission über das geplante neue Aufnahmezentrum: ⁸

„The centre will have a living area with containers, a specific area for newly arrived people to help them through the first days, medical containers for immediate health care, recreational spaces for sports, playgrounds and prefabricated houses for formal and non-formal education. Common kitchens will allow to prepare food and shops will serve basic needs. Special rooms will be set up for people with disabilities.“

Das *Memorandum of Understanding* vom 2. Dezember 2020 bedeutet eine gemeinsame Absichtserklärung der EU-Kommission und der griechischen Regierung, doch wichtige Informationen fehlten: Weder der konkrete Kostenrahmen noch der eigentliche Bauplatz für das neue Flüchtlingslager wurden dort definiert. Nicht die Pressestelle der EU, sondern eine Lokalzeitung aus Mytilini konnte Genaueres berichten:

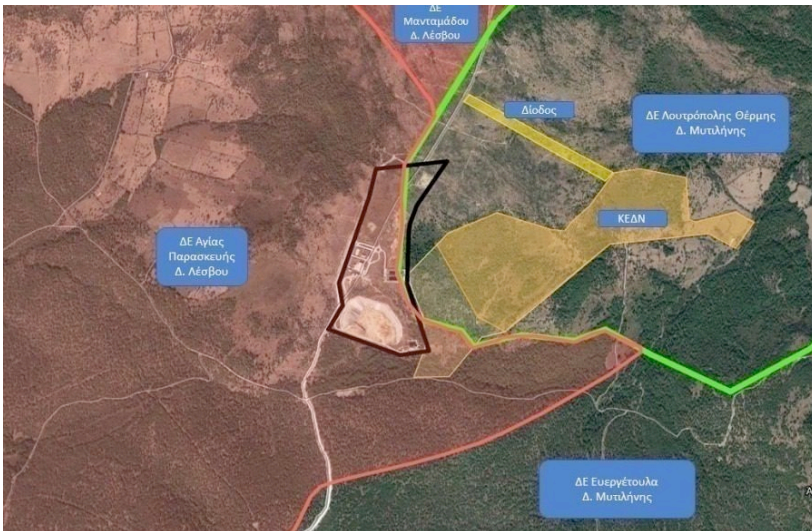
7 Memorandum of Understanding on a Joint Pilot for the establishment of a new Multi-Purpose Reception and Identification Centre in Lesvos, Brüssel, 02.12.2020, Drucksache C(2020) 8657 final, online: https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/default/files/pdf/03122020_memorandum_of_understanding_en.pdf (Abruf 19.05.2021).

8 *Europäische Kommission*, Pressemitteilung v. 03.12.2021, Migration: Commission and Greece agree joint plan for a new reception centre in Lesvos, online: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_2287 (Abruf 19.05.2021).

Jutta Lauth Bacas

„EXKLUSIV – Hier wird das neue KYT gebaut!“ meldete STONISI.GR Ende November 2020: Der vorgesehene Bauplatz Vástriá liege im Inselinneren weit entfernt von Nachbardörfern – und nahe der zentralen Mülldeponie von Lesbos. Die Zeitung STONISI veröffentlichte auch einen Lageplan, auf dem das geplante Flüchtlingszentrum (mit dem Kürzel ΚΕΔΝ) sowie die Zufahrt gelb markiert abgebildet sind; die Mülldeponie mit der betonierten Grube ist auf dem Lageplan schwarz umrandet zu sehen.⁹

Abbildung: Lage des geplanten neuen Flüchtlingszentrums auf Lesbos



Quelle: STONISI.GR

9 STONISI.GR am 29.11.2020: ΑΠΟΚΛΕΙΣΤΙΚΟ – Εδώ θα γίνει το νέο KYT! (auf Deutsch: EXKLUSIV – Hier entsteht das neue Lager!), online: <https://www.stonisi.gr/post/13299/apokleistiko-edw-tha-ginei-to-neo-kyt> (Abruf 19.05.2021).

Der Bürgermeister von Mytilini, Stratís Kýtelis, der regelmäßig mit der Taskforce verhandelte, hatte diesen Platz als „mitten im Nirgendwo“ bezeichnet. Ein Blick mit Google Maps auf die Region ist ernüchternd: Der Bauplatz Vástria liegt tatsächlich nahe der Mülldeponie – eine Stunde Autofahrt von Mytilini sowie zehn Kilometer von der nächsten Gemeinde namens Agía Paraskeví entfernt. Bisher führt zu dem unweg-samen Gelände nur ein Landwirtschaftsweg, es bestehen weder Strom-noch Wasseranschlüsse, keine Kläranlage (für 5.000 Menschen) – die gesamte Infrastruktur fehlt. Ebenso wenig gibt es eine Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel, anders als in Moria liegt neben der Müll-deponie keine Bushaltestelle. Diese Lage im „Nirgendwo“ wird es Asyl-suchenden schwer machen, soziale Einrichtungen oder Läden jenseits des Lagers aufzusuchen; wegen der vorgesehenen Eingangskontrollen („entry-exit control system“) wird auch der Einlass ins Lager für natio-nale oder internationale Hilfsorganisationen eingeschränkt. Stattdessen liegen in weiter Entfernung vom Bauplatz einige Nachbardörfer, in denen Anwohner*innen bereits erklärt haben: Nein, hier bei uns nicht! Damit rücken die Reaktionen der Einwohner*innen auf Lesbos in den Blick.

3. Politische Spaltungen auf der Insel

Der Streit um die Aufnahme von Geflüchteten spaltet nicht erst seit dem *Memorandum of Understanding* die Einwohner und Einwohnerinnen von Lesbos. Ein tiefes Zerwürfnis lässt sich auch zwischen den beiden Bürger-meistern der Insel beobachten. Verwaltungstechnisch ist die Insel Lesbos in zwei Gemeinden untergegliedert: Die Gemeinde West-Lesbos (auf Griechisch: Dímos Dytikí Lésvos) mit Bürgermeister Taxiárchis Vérros sowie die Gemeinde Mytilini (auf Griechisch: Dímos Mytilíni) mit Bürger-meister Stratís Kýtelis. Der Bürgermeister der Gemeinde Mytilini, die neben dem Stadtbezirk Mytilini noch sechs kleinere Gemeindebezirke umfasst, gehört der konservativen Partei Néa Dimokratía an, die seit 2019 in Griechenland die Regierung unter Ministerpräsident Kyriákos

Mitsotákis stellt. Bürgermeister Kýtelis sieht sich als Pragmatiker und befürwortet den Bau eines neuen Lagers auf Lesbos.

Aus seinem Büro stammte der Vorschlag, das neue Lager im unbewohnten Inselinneren, in der Nähe der zentralen Mülldeponie von Lesbos anzulegen. Die Taskforce der Europäischen Kommission hatte diesen problematischen Standort zunächst nicht akzeptiert. Daraufhin wurden die Begrenzungslinien des geplanten Lagers neu gezogen, so dass es nicht mehr direkt neben der Müllkippe, sondern „in der Nähe“ der Mülldeponie zu liegen kommt. Diesen Vorschlag hat die EU-Kommission letztlich akzeptiert, aber ihre Hände in Unschuld gewaschen: „However, it remains for the Greek Government to propose the location“ – so steht es wörtlich im *Memorandum of Understanding* der EU.¹⁰

Mit dem *Memorandum of Understanding* vom 2. Dezember 2020 wird deutlich, dass sowohl die Europäische Kommission mit Innenkommissarin Ylva Johansson, als auch die griechische Regierung mit Ortpolitikern in Mytilini fest entschlossen sind, ein neues Flüchtlingslager auf Lesbos als „Lösung“ nach dem Brand von Moria zu bauen. Die von anderen Seiten geforderte Evakuierung des Lagers und Weiterreise von Flüchtlingen und Migrant*innen aufs Festland waren dabei keine Option. Dementsprechend erklärte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen anlässlich der Unterzeichnung des *Memorandum of Understanding* am 3. Dezember 2020 vor der Presse das Engagement der EU:

„With our agreement today, Europe and Greece are working hand in hand for the people on the islands. We will bring decent conditions to migrants and refugees who arrive, as well as supporting the communities on the Greek islands.“¹¹

In diesem Sinn hielt Beate Gminder, die Leiterin der EU-Taskforce, auch nach der Unterzeichnung des *Memorandum of Understanding* engen Kontakt zu den Honoratioren auf Lesbos, besonders zu Bürgermeister Kýtelis. Regelmäßig fanden Treffen zwischen der Leiterin der Taskforce und dem Bürgermeister von Mytilini statt, über welche kaum

10 Memorandum of Understanding v. 02.12.2020 (s. Anm. 7), S. 5.

11 Pressemitteilung v. 03.12.2021 (s. Anm. 8).

ein journalistisches Medium außer der Lokalpresse von Lesbos berichtet hat. Dabei kam es an der Außengrenze der Union zu europapolitisch durchaus interessanten Abmachungen. Die EU-Taskforce Migration mit ihrer Leiterin Beate Gminder sagte der Gemeinde Mytilini am 19. Januar 2021 – gut einen Monat nach der Unterzeichnung des *Memo-randum of Understanding* – folgende großzügige Unterstützung und Projektfinanzierungen zu:

- 10 Millionen Euro für die Modernisierung und den Umbau des alten Schwimmbads in der Stadt Mytilini zu einem „Sportpalast“, wie Bürgermeister Kýtélis ankündigte;
- 5 Millionen Euro für die vollständige Renovierung und Umgestaltung des öffentlichen Strandbads „Tsamákia“ am Rand der Stadt Mytilini zum „Anziehungspunkt für Touristen“;
- 3 Millionen Euro für die Instandhaltung und Sanierung der griechisch-orthodoxen Kirche des Heiligen Therapón, das Wahrzeichen der Stadt Mytilini.

Für eine – im europäischen Vergleich – eher kleine Stadtgemeinde mit rund 35.000 Einwohner*innen bedeuten diese Zusicherungen nach Jahren der Staatsfinanzkrise tatsächlich enorme Summen. Die Gemeinde Mytilini berichtete am 19. Januar 2021 gleich zweimal auf ihrer Homepage über diese Zusage von 18 Millionen Euro zur Finanzierung dreier „sehr bedeutsamer Baumaßnahmen“.¹² Auf der Website der Gemeinde drückte Bürgermeister Kýtélis seinen Dank an Beate Gminder aus für das „echte Interesse“, dass die EU gegenüber der Gemeinde Mytilini und der Insel Lesbos gezeigt habe. Für Pressefotos posierten beide Seiten durchaus zufrieden.¹³

12 *Dimos Mytilini*, Pressemeldung v. 19.01.2021, online: <https://www.mytilene.gr/2021/01/19/i-e-e-chrimatodotei-to-dimo-me-18-ekat-evro/> (Abruf 19.05.2021).

13 *Dimos Mytilini*, Pressemeldung v. 19.01.2021, online: <https://www.mytilene.gr/2021/01/19/syantisi-dimarchou-me-tin-anapliroti/> (Abruf 19.05.2021).

Genau zwei Wochen später, nämlich am 3. Februar 2021, tagte der Gemeinderat von Mytilini. Anwesend waren unter anderem die Ortsvorsteher der Dörfer Moria, Pamfila, und Panagouda, die in direkter Nachbarschaft zum abgebrannten Flüchtlingslager bei Moria liegen. Auf dieser Sitzung – zwei Wochen nach dem Besuch von Frau Gminder – beschloss der Gemeinderat nach hitzigen Debatten mit 16 JA-Stimmen gegen 15 NEIN-Stimmen und bei einer Enthaltung, dem Bau eines neuen Flüchtlingszentrums – weit entfernt von bewohnten Gemeindegebieten – zuzustimmen.¹⁴ Die zeitliche Nähe zwischen der Förderungszusage der Europäischen Kommission und dem Beschluss des Gemeinderats legt durchaus einen Zusammenhang zwischen dem Mittelzufluss und dem Mehrheitsbeschluss des Gemeinderats von Mytilini nahe. Auch in Athen wurde die Sitzung auf der fernen Ägäis-Insel aufmerksam verfolgt. Nach Bekanntwerden der Zustimmung zum neuen Lager kommentierte Migrationsminister Nótis Mitarákis umgehend auf seinem Twitter-Account: „Positives Votum des Gemeinderats der Gemeinde Mytilini ... Wir lassen die Migrationskrise hinter uns ...“.¹⁵

Eine zweite Abstimmung des Gemeinderats von Mytilini am 10. April 2021 führte nach neunstündiger digitaler Diskussion erneut zu einem positiven Ergebnis: Mit 16 JA-Stimmen gegen 16 NEIN-Stimmen sah es zunächst nach einem Patt zwischen Gegnern und Befürwortern eines neuen Flüchtlingszentrums auf Gemeindegebiet aus. Die Entscheidung fiel schließlich mit dem Stichentscheid des Präsidenten Dimosthénis Chatzigiannis (der übrigens bei der Zusammenkunft mit der Taskforce und Beate Gminder am 19. Januar 2021 mit von der Partie war): Nach einer langen Sitzungsnacht stimmte der offenbar tief gesplante Gemeinderat mit dem doppelten JA des Gemeindepräsidenten schließlich

14 STONISI.GR am 04.02.2021, online: <https://www.stonisi.gr/post/14756/praksikophma-yper-aoraths-domhs-video> (Abruf 19.05.2021).

15 Migrationsminister Nótis Mitarákis am 03.02.2021 auf seinem Twitter-Account: @nmitaraki.

dafür, dem Bau einer „geschlossenen Einrichtung“ erneut zuzustimmen.¹⁶ Kontrovers und hochumstritten, doch am Ende war es wieder eine Entscheidung zugunsten einer „geschlossenen, kontrollierten Einrichtung weit entfernt von bewohnten Gegenden“¹⁷ – nachdem gemäß den Zusagen der EU-Kommission und ihrer Taskforce viel Geld in die Gemeinde Mytilini fließen wird. In dieser Gemengelage nahm der griechische Migrationsminister erneut über soziale Medien Stellung: „Der Gemeinderat von Mytilini entschied sich zum zweiten Mal, die Auswirkungen der Migrationskrise hinter sich zu lassen, indem er bestehende Strukturen und Wohnungen schließt und eine sichere Aufnahmestruktur weit außerhalb der Stadt schafft“.¹⁸

Seitens der EU-Kommission wurde die Zustimmung aus Mytilini nicht öffentlich kommentiert, aber wahrscheinlich als Erfolg gesehen. Die politische Strategie der Kommission, eine Win-Win-Situation zu schaffen, um „Lösungen“ zu präsentieren, hat sich auf einer kleinen Ägäis-Insel am Rande Europas durchaus bewährt. Die Akzeptierung der Option „geschlossenes Lager“ durch Lokalpolitiker*innen auf Lesbos sollte nach meiner Meinung auch vor dem Hintergrund der mehrfachen Krise in Griechenland gesehen werden: das Nachwirken der Finanzkrise (Renten- und Lohnkürzungen sind auf Lesbos noch deutlich spürbar), die Flüchtlingskrise, welche die Insel außerordentlich belastet hat, die aktuelle Corona-Krise (mit schwacher Infrastruktur im einzigen Krankenhaus der Insel) und last not least die Krise im Tourismus, der gerade auf Lesbos wegen der Flüchtlingsproblematik stark eingebrochen war (und ist). Dass sich bei der Abstimmung im Gemeinderat von Mytilini zwei gleich große Lager von Befürworter*innen und Gegner*innen gegenüberstanden und die Entscheidung für das neue Flüchtlingszentrum des-

16 STONISI.GR am 10.04.2021, online: <https://www.stonisi.gr/post/16227/vastria-me-th-pshfo-toy-proedroy-xatzhgiannh> (Abruf 19.05.2021).

17 Im Original wörtlich: „μία kleistí-elegxómeni domí makriá apo katoikiméni perioxí“.

18 STONISI.GR am 10.04.2021, online: <https://www.stonisi.gr/post/16234/apofasis-the-h-dhmioyrgia-asfaloy-s-domhs-ektos-polhs> (Abruf 19.05.2021).

halb zustande kam, weil die Stimme des Präsidenten doppelt zählte, wird auf Lesbos so schnell nicht vergessen. Die kontroversen Diskussionen werden in der Lokalpresse und in den sozialen Medien hitzig und bitter weitergeführt.

Eine der führenden Stimmen auf der Insel, die ein neues Flüchtlingslager strikt ablehnen, ist der Bürgermeister der Gemeinde West-Lesbos. Er heißt Taxiárchis Vérros und steht einem Bezirk aus kleinen Ortsgemeinden vor, die wesentlich von Landwirtschaft und Schafzucht geprägt sind. Die Bewohner*innen von West-Lesbos fühlen sich strukturell benachteiligt und seit langem von der großen Politik im Stich gelassen. Vérros bezeichnet sich als „Bürgermeister der Ungehorsamen“¹⁹ – was im lokalen Kontext als klare Spitze gegen den „regierungstreuen“ Bürgermeister von Mytilini gelesen wird. Nicht nur in West-Lesbos fand Taxiárchis Vérros Unterstützung, als er – vor allem unter dem Druck der Covid-19-Pandemie – forderte, dass alle Geflüchteten sofort von der Insel evakuiert werden sollen. Immer wieder sprach Vérros sich in lokalen Versammlungen und in der Presse vehement gegen den Bau eines neuen Flüchtlingslagers auf Lesbos aus: Erneut anlässlich des Besuchs von EU-Kommissarin Ylva Johansson in Mytilini wiederholte er sein striktes „Nein“ zu einem neuen Lager.²⁰ Damit weiß er eine Mehrheit der Bürger*innen von West-Lesbos hinter sich, die genauso wenig wie Bürgermeister Vérros mitten auf ihrer Insel ein „Lagerhaus der Seelen“ (auf Griechisch: apothíki psychón) erleben wollen.

19 STONISI.GR am 03.06.2019, online: <https://www.stonisi.gr/post/2591/dhmarxos-twn-anypakoywn-o-taksiarxhs-verros> (Abruf 19.05.2021).

20 STONISI.GR am 19.09.2019, online: <https://www.stonisi.gr/post/15945/oxi-se-nea-yperdomh-aposymforhsh-toy-nhsioy> (Abruf 19.05.2021).

4. In Planung: Ein neues Aufnahmezentrum in Vástria

Dagegen hat EU-Kommissarin Ylva Johansson den Bau eines neuen Flüchtlingszentrums auf Lesbos zur Cheffinnen-Sache gemacht. Dies unterstrich sie auch bei einem persönlichen Besuch auf Lesbos am 30. März 2021. Vor der Presse betonte Johansson, wie bedeutsam die Zusage des griechischen Migrationsministeriums sei, ein neues Aufnahmezentrum zu bauen, und hob hervor, dass es europäischen Normen und Richtlinien entsprechen werde.²¹

Wenige Tage nach dem Besuch der EU-Kommissarin hat der griechische Migrationsminister Nótis Mitarákis die Pläne für das neue Aufnahmezentrum in einem digitalen Interview konkretisiert:²² Das neue Aufnahmezentrum werde für 5.000 Personen ausgelegt sein (so wie im Memorandum festgelegt²³). Davon, so erläuterte der Minister mündlich, lägen rund 2.000 Plätze in einem geschlossenen Teil des Lagers für Personen mit negativen Asylbescheiden, die auf ihre Abschiebung warten müssen. Mitarákis bezeichnete diesen Gebäudekomplex als „total geschlossenes Abschiebezentrum“, dessen Insassen nicht „herumspazieren“ dürften. Registrierte Asylbewerber*innen dagegen werden laut Mitarákis das Recht haben, das Aufnahmezentrum von acht Uhr morgens bis acht Uhr abends zu verlassen. Innerhalb des Flüchtlingslagers würden Angebote mit Dienstleistungen und Sporteinrichtungen bestehen, die allen zur Verfügung stünden, so Mitarákis. Während drinnen ein paar Schaukeln und Sportgeräte stehen, werde das neue Aufnahmezentrum

21 STONISI.GR am 30.03.2021, online: <https://www.stonisi.gr/post/15984/epime-nei-gia-th-nea-domh> (Abruf 19.05.2021).

22 STONISI.GR am 06.04.2021: Minister Nótis Mitarákis spricht im Video-Interview explizit über ein Abschiebegefängnis für 2.000 Personen, online: <https://www.stonisi.gr/post/16123/h-nea-domh-h-monimos-kara-tepes-video-synteney-ksi> (Abruf 19.05.2021).

23 Memorandum of Understanding v. 02.12.2020 (s. Anm. 7), S. 2.

nach außen doppelt eingezäunt und mit Polizeipatrouillen und Videokameras Tag und Nacht kontrolliert, so der Minister. Denn das Ziel der griechischen Politik sei eine Reduzierung der Ankunftsahlen.

An diesem Ziel arbeitet die Regierung Mitsotákis seit ihrem Amtsantritt im Juni 2019 mit allen Mitteln. Unbestritten haben sich die Zahlen irregulärer Ankünfte auf den griechischen Grenzinseln im Corona-Jahr 2020 deutlich verringert. Anfang April 2021 verwies der Migrationsminister einmal mehr auf die Erfolge der griechischen Regierung bei der Grenzsicherung und die intensiven Kontrollen der Seegrenze zur Türkei; in einem digitalen Interview vom 4. April 2021 präsentierte er die neuesten Zahlen seines Ministeriums:²⁴

- 2020: Rückgang der Ankünfte auf den griechischen Grenzinseln um 87 %
- 2021/1. Quartal: Rückgang der Ankünfte auf den griechischen Grenzinseln um 89 %
- 2021/1. Quartal: Rückgang der Ankünfte auf Lesbos um 77 % (jeweils im Vergleich mit dem Vorjahr)

Bei dieser Bilanz brachte Minister Mitarákis weder die Einschränkungen der Pandemie für Flucht- und Migrationsbewegungen nach Griechenland zur Sprache noch die umstrittene Rolle der griechischen Küstenwache, der von Medien und Menschenrechtsorganisationen wiederholt sogenannte Push-Backs zum Vorwurf gemacht werden, also das Abdrängen kleiner Schlauchboote mit Flüchtlingen und Migrant*innen aus griechischen Gewässern.²⁵

24 STONISI.GR am 06.04.2021: Video-Interview mit Minister Nótis Mitarákis, online: <https://www.stonisi.gr/post/16123/h-nea-domh-h-monimos-kara-tepes-vi-deo-synenteyksi> (Abruf 19.05.2021).

25 Seit langem kritisieren Medien und Menschenrechtsorganisationen, dass die griechische Küstenwache kleine Migrantenboote unter Bruch internationaler Abkommen und Verpflichtungen in Richtung Türkei zurückdränge. Vgl. zum Thema Pushbacks: *Maximilian Popp/Steffen Lüdke/Giorgos Christides*, Push-

Die legalen Rückführungen von Migrant*innen ohne Bleiberecht rücken seit Anfang 2021 stärker in den Fokus der griechischen Politik. Am 14. Januar 2021 stellte Griechenland nach längerem Unterbruch wieder einen Antrag auf Rückführungen an die Türkei: Es sollen 1.450 Migrant*innen, deren Asylanträge als unbegründet abgelehnt wurden, auf Grundlage des Flüchtlingsabkommens in die Türkei zurückgeschickt werden.²⁶

- davon 955 Personen zurzeit auf Lesbos
- davon 180 Personen zurzeit auf Chios
- davon 128 Personen zurzeit auf Samos
- davon 187 Personen zurzeit auf Kos

Bei diesem Antrag auf Rückführungen („returns“) in die Türkei hatte Griechenland sowohl die EU-Kommission als auch die Grenzschutzagentur FRONTEX um operative Unterstützung gebeten: Daher bedeutete diese Aktion zugleich eine wichtige Initiative in der europäischen Migrationspolitik. Denn seit dem 15. März 2020, nachdem die Grenzen zwischen der Europäischen Union und der Türkei wegen der Covid-19-Pandemie geschlossen worden waren, hatten keine Rückführungen von abgelehnten Asylbewerber*innen in die Türkei stattgefunden. Der griechische Antrag vom 14. Januar 2021 bot somit der Europäischen Kom-

backs in der Ägäis – Mehr als hundert Flüchtlingsboote bei Frontex-Einsätzen zurückgestoßen, in: SPIEGEL Ausland, 10.04.2021, online: <https://www.spiegel.de/ausland/griechenland-mehr-als-100-fluechtlingsboote-bei-frontex-einsaetzen-zurueckgestossen-a-402fdff2-1404-4690-8dd2-3db4801487d6> (Abruf 31.05.2021); *Nils Kadritzke*, Neue Pushback Aktionen, in: LE MONDE diplomatique, 09.05.2020, online: https://monde-diplomatique.de/shop_content.php?coID=100156 (Abruf 31.05.2021); *PRO ASYL*, Erneutes Verbrechen der griechischen Küstenwache?, 20.03.2021, online: <https://www.proasyl.de/pressemitteilung/erneutes-verbrehen-der-griechischen-kuestenwache/> (Abruf 19.05.2021).

26 Redaktionsnetzwerk Deutschland am 14.01.2021, online: <https://www.rnd.de/politik/griechenland-will-migranten-in-die-turkei-zuruckschicken-und-bittet-eu-um-hilfe-JEN7OJ6ZMJGBKYUUU44V75NNM.html> (Abruf 19.05.2021).

mission eine Gelegenheit, das EU-Türkei-Abkommen zu reaktivieren. Kommissionsvizepräsident Margarítis Schinás brachte deshalb bei einem Gespräch mit dem türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşođlu in Brüssel den Rückführungsantrag zur Sprache.²⁷ Nach Zeitungsberichten aus Griechenland habe Außenminister Çavuşođlu bei dem Treffen mit Schinás am 20. Januar 2021 in Brüssel geäußert, dass diese Frage „bis zum März“ gelöst sei.²⁸ Danach passierte allerdings wenig: Bisher stehe die offizielle Zusage der türkischen Regierung immer noch aus, wie Ministerpräsident Kyriákos Mitsotákis Mitte Mai 2021 betonte²⁹, so dass bisher keine Abschiebungen in die Türkei durchgeführt wurden.

Anders als bei „returns“, wo eine Kooperation im Kontext des EU-Türkei-Abkommens stockt, ist die griechische Regierung in Sachen Flüchtlingslager auf den Grenzinseln zunehmend aktiv. Zwar haben bis zum Redaktionsschluss dieses Beitrags auf dem Gelände von Vástria noch keine Bauarbeiten begonnen: Im Mai 2021 wird der eigentliche Bauplatz topographisch vermessen und eine Studie zur Umweltbelastung erstellt.³⁰ Der mit der EU-Kommission vereinbarte Zeitplan zur Eröffnung eines neuen Flüchtlingslagers in Vástria ist allerdings nicht zu halten und wurde mittlerweile von griechischer Seite revidiert. Als Termin für die Fertigstellung der neuen „geschlossenen, kontrollierten Einrichtung“, wie es in Dokumenten der griechischen Regierung heißt, wird jetzt der *31. März 2022* genannt.³¹ Wie gesagt, findet sich in Vástria bisher nur ein Stück brachliegendes Land mit Büschen, Schafen und

27 STONISI.GR am 23.01.2021, online: <https://www.stonisi.gr/post/14486/nai-stis-epistrofes-metanastwn-leei-h-toyrkia> (Abruf 13.05.2021).

28 e-kathimerini.com am 20.01.2021, online: <https://www.ekathimerini.com/news/20261434/eu-s-schinas-to-meet-turkish-fm-in-brussels/> (Abruf 19.05.2021).

29 STONISI.GR am 12.05.2021, online: <https://www.stonisi.gr/post/16979/me-sfragida-mhtsotakh-to-neo-kyt-sth-lesvo> (Abruf 19.05.2021).

30 STONISI.GR am 06.04.2021: Video-Interview mit Minister Nótis Mitarákis (s. Anm. 24).

31 STONISI.GR am 05.05.2021, online: <https://www.stonisi.gr/post/16832/sthn-telikh-eytheia-gia-th-nea-domh-sth-vastria> (Abruf 13.05.2021).

Ziegen. Daher müssen auf dem Gelände neben der Mülldeponie zunächst grundlegende Infrastrukturen angelegt werden, um Strom-, Wasser- und Abwasserversorgung für rund 5.000 Menschen sicherzustellen. Die administrativen Vorbereitungen dazu laufen auf Hochtouren: Neben den Ausschreibungen für verschiedene Maßnahmenpakete (etwa für Telefon- und Internetanschluss³²) hat das federführende Migrationsministerium bereits einen Mietvertrag mit den Eigentümern des Geländes neben der Mülldeponie abgeschlossen (für die Periode 2022 bis 2025) und Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 2.995.000 Euro beantragt für (so wörtlich) „die Anmietung eines Geländes in der Region Vástria, Lesbos, zur Schaffung einer Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in den Jahren 2022, 2023, 2024, 2025“. Die Belege dafür stehen im Internet und wurden von der Lokalzeitung STONISI.GR veröffentlicht.³³

5. Ein europäisches Projekt

Im Rahmen dieses Beitrags wurden die politischen Abläufe und das Zusammenwirken von EU-Kommission und griechischen Entscheidungsträger*innen nach dem Brand von Moria unter Bezug auf – auch lokale – griechische Quellen rekonstruiert. Eine zusammenfassende Beurteilung der zurzeit vorliegenden Informationen über das geplante Registrier- und Aufnahmezentrum in Vástria lässt die Dimensionen des Projekts deutlich werden: *Die Anlage in Vástria wird das größte Flüchtlingslager sein, dass auf Lesbos je gebaut wurde.* Während in den Hallen von Paganí, Mytilini (2003 bis 2009) bis zu 900 Schutzsuchende nach ihrer

32 STONISI.GR am 04.02.20121, online: <https://stonisi.gr/post/14771/mas-koroideyoyn-den-kseroyn-poy-einai-alla-prokhryksan-erga-gia-th-nea-domh> (Abruf 19.05.2021).

33 STONISI.GR am 19.03.2021, online: <https://www.stonisi.gr/post/15767/tria-ekatommyria-eyrw-gia-ta-enoikia-ths-neas-domhs-sth-vastria> (Abruf 19.05.2021).

Ankunft auf Lesbos untergebracht wurden³⁴, war die offizielle Kapazität des Aufnahmelagers Moria (2013 bis 2020) auf 2.840 Plätze ausgelegt.³⁵ Davon lagen im alten Moria rund 200 Haftplätze in der sogenannten „Sicherheitszone“: einem umzäunten und geschlossenen Haftbereich innerhalb des Aufnahmezentrums.

Das neue Flüchtlingszentrum in Vástria wurde, wie bereits erwähnt, für 5.000 Personen konzipiert: Damit wird das neue Flüchtlingslager – wie schon das frühere Lager Moria – die zweitgrößte „Stadt“ auf der ganzen Insel sein. Außer der Hauptstadt sind alle Gemeinden auf Lesbos kleiner als das jetzt von der EU mitgeplante neue Flüchtlingslager. Nach Angaben des Migrationsministeriums wird die Ausdehnung des neuen Lagers in Vástria mit einer Fläche von 245 Hektar allerdings weniger groß sein als das jetzige Übergangslager in Kará Tepé mit aktuell 300 Hektar Fläche.³⁶ Eine wichtige Neuerung werde es nach Aussage von Migrationsminister Mitarákis im Abschiebelager geben: 2.000 Plätze für Abschiebehaft würden *zehnmal mehr* Plätze als im früheren, abgebrannten Registrierzentrum R.I.C. Moria bedeuten.³⁷ Kritische Einwohner*innen von Lesbos sprechen schon jetzt – vielleicht nicht ganz zu Unrecht – von einem neuen Giga-Lager.

34 Jutta Lauth Bacas, Managing Proximity and Asymmetry in Border Encounters: The Reception of Undocumented Migrants on a Greek Border Island, in: dies./William Kavanagh (Hg.), Border Encounters – Asymmetry and Proximity at Europe’s Frontiers, New York 2013, 256–280.

35 Jutta Lauth Bacas, Neue Entwicklungen an den EU-Außengrenzen in Griechenland, in: Klaus Barwig/Stephan Beichel-Benedetti/Gisbert Brinkmann (Hg.), Freiheit. Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht 2013, Baden-Baden 2014, 204–222.

36 STONISI.GR am 18.05.2021 bezüglich der Fläche von 245 Hektar, online: <https://www.stonisi.gr/post/17136/me-adeia-h-nea-domh-sth-vastria> (Abruf 19.05.2021).

37 Im *Memorandum of Understanding* vom 2. Dezember 2020 wird *keine* Zahl von Haftplätzen genannt. Dort heißt es lediglich: „A closed detention area adjacent to the actual MPRIC will be foreseen, separate from the social and reception areas“. Vgl. *Memorandum of Understanding* v. 02.12.2020 (s. Anm. 7), S. 8.

Dies alles ist explizit ein europäisches Projekt: Über dem neuen Lager, so betonte der griechische Ministerpräsident Kyriákos Mitsotákis, werden die griechische und die europäische Flagge wehen. Unter dem Motto „Nie wieder Moria“ wird die EU das neue Lager für 3.000 Asylsuchende *und* bis zu 2.000 abgelehnte Asylbewerber*innen umfassend finanzieren. Wie in diesem Beitrag aufgezeigt wurde, waren die EU-Kommission und die EU-Taskforce für Migrationsmanagement von Anfang an bei der politischen Vorbereitung des Projekts, der Beziehungspflege vor Ort und vor allem mit Finanzierungszusagen an die griechische Regierung sowie an die Gemeinde Mytilini engagiert. Diese gemeinsame Planung macht eines ganz deutlich: Ein Rückgang der Fluchtmigration nach Lesbos – ebenso wie nach Chios, Samos, Leros oder Kos – auf null wird weder von der EU-Kommission noch seitens der Entscheidungsträger*innen in Griechenland angenommen. Zugleich wird in den jetzt bekannten Planungsdaten eine Blaupause erkennbar: ein doppelt umzäuntes Flüchtlingslager mit effizienter Infrastruktur für schnelle Registrierung, zügige Abwicklung der Asylgesuche (in der Sprache des Memorandums ein „efficient, comprehensive and integrated workflow“)³⁸ sowie Abschiebehaft vor beschlossenen Rückführungen.³⁹ Von der Kommission wird dies als ein Pilotprojekt (*Joint Pilot*) der Europäischen Union dargestellt. Von einem Prestigeprojekt kann man angesichts der Nachbarschaft zur zentralen Mülldeponie von Lesbos wohl eher nicht reden.

In die restriktive Strategie einer einheitlichen Unterbringung von Geflüchteten und Migrant*innen „in kontrollierten und geschlossenen Einrichtungen“ würde auch die Anordnung des Migrationsministeriums passen, das städtische Flüchtlingslager in Kará Tepé, in dem vor allem besonders Schutzbedürftige und Familien mit kleinen Kindern gewohnt

38 Ebd., S. 7.

39 Ebd., S. 18: „voluntary and forced return operations“.

haben, Ende April 2021 per Anordnung zu schließen⁴⁰ sowie das PIK-PA, ein selbstorganisiertes Zentrum für minderjährige Geflüchtete in Mytilini, polizeilich zu räumen. Das PIKPA, wo in kleinen Holzhäusern auch Familien mit Kindern, Folteropfer und Menschen mit Behinderung durch Ehrenamtliche betreut wurden, wurde bereits im Oktober 2020 unter großem Polizeiaufgebot geräumt, die Menschen wurden zunächst in das Gemeindezentrum Kará Tepé gebracht und später in das provisorische Zeltlager verlegt.⁴¹

Ebenfalls Nägel mit Köpfen macht seit Frühjahr 2021 Bürgermeister Stratis Kýtelis in der Stadt Mytilini. Auf einem zentral gelegenen Grundstück nahe dem Fähranleger will Kýtelis ein funkelndes neues Rathaus mit Baukosten in Höhe von 5 Millionen Euro errichten lassen. Seine Pläne für das neue Rathaus in Mytilini-Stadt wurden im April 2021 bekannt; ein erster Architektenentwurf für ein dreistöckiges modernes Glasgebäude machte bereits die Runde (abgebildet in der Lokalzeitung STONISI).⁴² Direkt am vielbesuchten Fährhafen soll das neue Rathaus die Bewohner*innen und Besucher*innen der Inselhauptstadt als glitzernder Glaspalast begrüßen – vielleicht auch mit einer Flagge der EU, die so viel für ihr wohlgesinnte Lokalpolitiker getan hat.

40 ENIKOS.GR am 08.05.2021, online: <https://www.enikos.gr/politics/776830/ek-leise-i-domi-tou-kara-tepe-mitarakis-simantiko-vima-gia-tin-apo> (Abruf 19.05.2021).

41 *PRO ASYL*, Pressemitteilung v. 30.10.2020 zur Räumung von PIKPA, online: <https://www.proasyl.de/pressemitteilung/pro-asyl-zur-raeumung-von-pikpa/> (Abruf 19.05.2021).

42 STONISI am 15.04.2021, online: <https://www.stonisi.gr/post/16340/ayto-tha-einai-to-neo-dhmarxeio-ths-mytilhnhs-pics> (Abruf 19.05.2021).

Informationen zur Autorin

[Dr. Jutta Lauth Bacas](#) ist Sozialanthropologin mit dem Schwerpunkt Migration, Flucht und Asyl in Südosteuropa. Auf die Promotion in Zürich (1992) folgten Lehrtätigkeiten an schweizerischen und deutschen Hochschulen. Von 2004 bis 2012 war sie an der Wissenschaftsakademie Athen in Forschungsprojekten zur Fluchtmigration nach Griechenland tätig. Seit 2013 ist sie in Köln freiberuflich als Wissenschaftsautorin und Dozentin aktiv. Im Jahr 2015 wurde sie Research Affiliate am Institute of Mediterranean Studies der Universität Malta und 2018 stellvertretende Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der Südosteuropa-Gesellschaft.

Schlagwörter

EU-Flüchtlingspolitik, Griechenland, Lesbos, Aufnahmelager